

AUSTRALIEN

Vorbeugung statt Strafe

Polizei, Gerichte und Aborigines-Gemeinden arbeiten bei der Kriminalitätsvorbeugung in Australien enger zusammen. Die Behörden orientieren sich dabei an Präventionsprogrammen europäischer Staaten.

Die Aborigines, die australischen Ureinwohner, kommen eher mit dem Gesetz in Konflikt als die übrigen Australier. Strafrechtsexperten setzen auf Konfliktvermeidung. Modelle sehen eine engere Zusammenarbeit von Polizei, Gerichten und Aborigines-Gemeinden bei der Prävention und Resozialisierung vor. Als Vorbild für die Reformbestrebungen im australischen Rechtssystem dienen Präventionsprogramme in europäischen Staaten. Einer der Schwerpunkte der Studie des "Developmental Crime Prevent Consortium" mit dem Titel "Pathways to Prevention. Developmental and early Intervention Approaches to Crime in Australia" ist der Umgang mit Aborigines.

Erhebungen im Northern Territory (NT), dem Teil Australiens mit dem höchsten Anteil an Ureinwohnern, zeigen vor allem bei minderjährigen Aborigines einen Handlungsbedarf: Zwischen 1993 und 1997 lag die Wahrscheinlichkeit, ins Gefängnis zu kommen, für einen jugendlichen Aborigin viermal höher als für einen Nicht-Aborigin. Drei Viertel der minderjährigen Gefängnisinsassen sind Aborigines, Tendenz steigend. In der Liste der häufigsten Delikte steht Einbruch an erster Stelle, gefolgt von unbefugter Inbetriebnahme eines Kraftfahrzeugs und tätlicher Bedrohung.

"Gestohlene Generation"

Experten sehen eine der Hauptursachen für die hohe Jugendkriminalität unter Aborigines in deren Entwurzelung, die eine Missachtung sowohl der staatlichen als auch der traditionellen Gesetze ihrer Clans zur Folge hat. Es gibt das Problem der "gestohlenen Generation": Jahrzehnte lang wurden Kinder australischer Ureinwohner im Rahmen eines von Staat und Kirche unterstützten Programms weißen Adoptiveltern oder Heimen übergeben, um ihnen eine "bessere" Erziehung zu ermöglichen und sie leichter in die Gesellschaft zu integrieren. Inzwischen hat man die Auswirkungen erkannt. Von ihren Familien getrennt aufgewachsene Aborigines versagen oft bei der Erziehung ihrer eigenen Kinder; sie lehren ihnen nicht, Werte zu respektieren.

"Die gestohlene Generation ist ein Risikofaktor, was Kriminalität betrifft. Viele Männer fühlen sich entwurzelt und leiden unter mangelndem Selbstbewusstsein", erläutert Prof. Dr. Ross Homel, Professor für Kriminologie und Strafrecht, Mitglied der Strafrechtskommission von Queensland und Ko-Autor von "Pathways to Prevention".

Das auf Wiedereingliederung von Aborigines in ihre Herkunftsklans und Kooperation mit den Clan-Ältesten abzielende "Community Justice Program" in Queensland hat zu einem Rückgang der Kriminalität bei Aborigines geführt. "Die Supervision eines Täters durch die Clan-Ältesten in Zusammenarbeit mit der Polizei hat sich besser bewährt als eine Gefängnisstrafe", beschreibt Ross Homel die Erfolge des Pilotprojekts.

"Traumzeit"

Die Aborigines führen die Entstehung ihrer eigenen Gesetze auf ihre mythologische Vergangenheit zurück, von den Weißen als "Traumzeit" bezeichnet. Die abstrakten Gesetze verstehen viele nicht, sie schreiben Verbote der Willkür einzelner mächtiger Personen zu. Befragungen haben gezeigt, dass der Großteil der Aborigines Australien für eine Diktatur hält.

Jeder Clan besitzt eine "verfassungsgebende" Autorität, die die ungeschriebenen Gesetze "beschließt". Wer diese bricht, muss mit körperlichen Strafen rechnen. Während der Heilung der zugefügten Verletzungen erhält der Bestrafte eine "Nachschulung" im Clan-Recht. Für schwere Verbrechen ist die Todesstrafe vorgesehen, die allerdings kaum mehr vollzogen wird. Etliche nach staatlichem Recht als Vergehen oder Verbrechen eingestufte Taten sind nach Clan-Recht nicht strafbar.

Umgekehrt kann eine nach australischem Recht legale Handlung eine schwere Missachtung des Clan-Rechts darstellen, etwa das Betreten eines Grundstücks ohne vorherige Ankündigung. Aborigines, die ein traditionelles Gesetz gebrochen haben, suchen oft bei der Polizei Schutz. Wer nach dem Clan-Recht die Strafe vollziehen soll, riskiert eine Verurteilung nach staatlichem Recht, wenn er den ihrer Ansicht nach Schuldigen bedroht oder angreift. Derartige Kollisionen der beiden Rechtssysteme untergraben die Autorität der Clan-Ältesten und erzeugen besonders bei jungen Aborigines Verunsicherung.

Der Staat wird bei vielen Aborigines als reich angesehen – wenn er will, kann er jederzeit Geld drucken lassen und an seine Bürger verteilen. Bei Eigentumsdelikten fehlt Aborigines daher oft das Schuldbewusstsein. Sie fühlen sich ungerecht behandelt, wenn sie für Bagatelldelikte eingesperrt werden. Das im Northern Territory eingeführte "Mandatory Sentencing", das in seiner ursprünglichen Fassung bei bestimmten Verbrechen auch für Minderjährige ausnahmslos Gefängnisstrafe vorsah, wurde daher von Aborigines und Menschenrechtsorganisationen abgelehnt.

"Über 90 Prozent der vom Mandatory Sentencing Betroffenen sind Aborigines. Sie stehlen oft, weil sie in Armut leben und Hunger haben", kritisierte der für Bildung und Angelegenheiten der Aborigines im Northern Territory zuständige Parlamentsabgeordnete Peter Toyne. Wegen der Proteste und mangels abschreckender Wirkung wurde das umstrittene Gesetz geändert.

Nun liegt es bei kleineren Delikten im Ermessen der Polizei, ob der Täter vor Gericht gestellt wird, oder ob er sich einem Rehabilitationsprogramm unterziehen muss. Bei Minderjährigen lautet die Empfehlung, von einer Gefängnisstrafe abzusehen.

"Longgrass People"

Aborigines, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben in die Stadt gekommen sind, keiner Arbeit nachgehen und keinen Wohnsitz haben, landen häufig im Gefängnis. "Vor allem in der Regenzeit ist es schwierig. Wir haben wenig Geld, und die Preise steigen", schildert Charles Yunupingu die Probleme der "Longgrass People", denen er selbst angehört. Unterstandslose Aborigines werden so genannt, weil viele von ihnen im "langen Gras" am Strand oder entlang von Flüssen übernachten.

"Jugendliche begehen oft Verbrechen, weil sie ins Gefängnis kommen wollen, da sie dort versorgt werden", erläutert Reverent A. Gale Hall, Sekretär des Kirchenkonzils im Northern

Territory. Er ist Vertreter der "Uniting Church", die ein Hilfsprogramm für Longgrass People ins Leben gerufen hat. Aborigines ziehen zwar kurze Haftstrafen den – oft sehr schmerzhaften – Strafmaßnahmen nach dem traditionellen Clan-Recht vor, empfinden aber längere Gefängnisaufenthalte als extrem belastend.

Inhaftierte vermissen den für ihr Sozialleben notwendigen ständigen Kontakt mit Angehörigen ihrer Clans. Die Selbstmordrate liegt bei Aborigines, die eine längere Gefängnisstrafe absitzen müssen, deutlich über der von Nicht-Aborigines.

Die von Strafrechtsexperten erarbeiteten Präventionsprogramme sehen eine intensive psychologische Betreuung von inhaftierten Aborigines vor, bei Bedarf über Dolmetscher. Eine professionelle Vorbereitung auf die Entlassung und Gespräche mit den Angehörigen des Häftlings sollen die Rückfallsquote senken und auch auf die Clan-Mitglieder präventiv wirken. Interventionen in frühem Lebensalter helfen, kriminelles Verhalten und andere soziale Probleme langfristig zu vermeiden. Kontaktbeamte aus Aborigines-Gemeinden vermitteln und helfen mit, Missverständnisse zwischen den Kulturen zu vermeiden.

Sport statt Drogen

Die Zusammenarbeit von Exekutive, Gemeinden, Gesundheitsbehörden und Bildungseinrichtungen ist erfolgreich. In vielen Fällen begünstigt der unter entwurzelten Aborigines häufige Missbrauch von Alkohol und Drogen aggressives Verhalten, das oft mit einer Anzeige wegen Körperverletzung endet. Schulen bieten den Jugendlichen mit dem Programm "Sport statt Drogen" eine Alternative; Gemeinden bauen Sportplätze. Greift die Polizei einen Täter auf, der schwere Entzugserscheinungen zeigt, hat sie die Möglichkeit, ihn statt ins Gefängnis in ein Rehabilitationszentrum zu schicken.

Rosemarie Pexa